



STEFFI LOOS/DAPD (L.); FRISO GENTSCH / PICTURE ALLIANCE / DPA (R.)

Bundesfamilienministerin Schröder, Freiwilliger in Wohnheim für Demenzkranke: Kaum einer blickt noch durch

SOZIALPOLITIK

Mit Laune und Humor

Wehr- und Zivildienst werden ausgesetzt, zum 1. Juli starten die Bundesfreiwilligendienste. Bislang fehlt es an einem klaren Konzept – und an Bewerber:innen.

Angelika Franks Probleme begannen nach einem schönen Urlaub auf Sylt. Zuerst streikte im ICE zurück nach Münster die Klimaanlage, und dann erwarteten sie ein paar hundert sorgenvolle E-Mails in ihrem Büro.

Frank ist die Geschäftsführerin der Gesellschaft zur Förderung des freiwilligen sozialen Engagements im Bistum Münster. Vom 1. Juli an wird es zum ersten Mal seit 54 Jahren in Deutschland keinen verpflichtenden Wehr- oder Wehersatzdienst mehr geben. Demnächst geht es um Freiwilligkeit, und da gibt es einige Probleme, um die sich auch Angelika Frank zu kümmern hat.

Ein neues Geschöpf taucht auf in Deutschland, es ist der Bundesfreiwillige, genannt Bufdi, er ist der Mensch, der künftig den Bundesfreiwilligendienst leisten soll, abgekürzt BFD. Aber der Bufdi ist eine schwere Geburt.

Am 16. Mai hat Bundesfamilienministerin Kristina Schröder die Werbekampagne für den Bundesfreiwilligendienst gestartet, offen für jeden, auch für Frauen und Ältere. „Nichts erfüllt mehr, als gebraucht zu werden“ heißt der Slogan.

„Mit dem BFD weiß niemand etwas anzufangen, weder die Einrichtungen noch die Bewerber“, sagt Frank. „Das Ganze ist viel zu kurzfristig aus dem Boden gestampft worden.“

Bisher hat sie sich um Jugendliche gekümmert, die ein Freiwilliges Soziales

Jahr (FSJ) bei der Caritas machen. In den vergangenen Jahren waren es in Münster meist um die hundert. Nun hat sich die Zahl vervierfacht, obwohl die neuen Freiwilligen eigentlich den Bundesfreiwilligendienst machen sollen. Doch für den haben sich bei Frank nur zehn Bewerber gemeldet; bundesweit sind es gut tausend. In Schröders Ministerium ist man mit dieser Resonanz „sehr zufrieden“, bei den Experten gar nicht.

Als 2010 langsam klar wurde, dass ohne den Zivildienst rund 90 000 Stellen in sozialen Einrichtungen nicht besetzt würden, haben viele im FSJ ein Heilmittel gesehen. Zuletzt haben sich bundesweit gut vier Prozent eines Jahrgangs, also etwa 35 000 Jugendliche bis 27 Jahre, in einem Sozialen oder Ökologischen Jahr engagiert, ohne dass jemals eine Werbekampagne gelaufen wäre. „Das hätte man leicht ausbauen können“, findet Frank, „indem man die freien Fördermittel aus dem Zivildienst ins FSJ geleitet hätte.“

Aus bürokratischen Gründen geht das aber nicht. Die Verwaltungshoheit des FSJ liegt bei den Ländern; Wehr- und Wehersatzdienst sind dagegen beim Bund angesiedelt. Da die Wehrpflicht nicht abgeschafft, sondern nur ausgesetzt wird, muss der Bund den Verwaltungsapparat dafür mitsamt seinen Mitarbeitern aufrechterhalten und weiterbezahlen. Frank: „Genau deswegen wurde der Bundesfreiwilligendienst erfunden.“

Das Freiwillige Soziale Jahr wollten die Länder aber nicht abschaffen, deshalb gibt es nun FSJ und BFD, also FSJler und Bufdis, die den alten Zivi ersetzen sollen, und kaum einer blickt noch durch.

BFD-Stellen sollen FSJ-Stellen nicht verdrängen oder verhindern. Daher wird es eine Kopplung geben: Auf jeden Bufdi kommt genau ein FSJler; zusammen sollen es 70 000 Stellen werden. Die Bedingungen sollen für beide gleich sein. Allerdings hatten die Bufdis bisher keinen Anspruch auf Kindergeld.

Die Bundestagsfraktionen sind sich inzwischen einig, dass dies geändert wer-

den soll. „Doch bis das irgendwo schriftlich steht, entscheiden sich die Interessenten lieber für ein FSJ, ist ja klar“, sagt Frank. Beim Bundesarbeitskreis FSJ laufen statt 35 000 plötzlich fast 60 000 Stellenanträge ein. Damit ist die Familienministerin vom gewünschten Verhältnis weit entfernt.

Dazu trägt wohl auch die Werbekampagne bei. „Man darf das nicht so staatstragend angehen, sondern mit Laune und Humor“, sagt Klaus Hurrelmann, Bildungsforscher und Leiter der Shell-Jugendstudie. „Das Marketing muss ehrlicherweise auf den persönlichen Nutzen fokussiert sein.“ Die Berufschancen der Freiwilligen könnten sich verbessern.

Dieses Argument soll auch junge Leute zur Bundeswehr locken. Sie muss sich ebenfalls auf ein neues Geschöpf einstellen, den freiwillig Wehrdienstleistenden, kurz FWDler, der künftig mit dem FSJler und dem Bufdi eine schöne Skatrunde bilden kann.

Mindestens 5000 junge Männer und Frauen sollen sich jährlich für den freiwilligen Wehrdienst finden. Zum 1. Juli haben sich immerhin schon knapp 3000 gemeldet. Bei den zivilen Helfern klafft bislang eine viel größere Lücke in den früheren Zivildiensteinrichtungen. In Ostdeutschland finden manche Einrichtungen überhaupt keinen Bewerber, „weil die Jugendlichen einfach weg sind“, sagt Martin Schulze vom Bundesarbeitskreis FSJ. In den wirtschaftsstarken Ländern Baden-Württemberg und Bayern locken gute Angebote aus der Wirtschaft.

Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hat eine Idee, wie man die Zahl der Abkürzungen reduzieren kann. „Man müsste alle freiwilligen Dienste unter einem Dach versammeln“, sagt er, „mit den gleichen Bedingungen und einem eigenen Bundesbeauftragten.“ Dann wären alle Freiwilligen Bufdis, die Bürokratie wäre eingedämmt, und man könnte mit geballter Kraft für Freiwilligkeit werben.

KATHARINA FUHRIN